



Baugewerbliche Berufsschule Zürich

Montag, 14. Juni

2021

Qualifikationsverfahren Allgemeinbildung

Schlussprüfung (SP), Lösungen

3 H, 4 H, 4 P Lösungen
Lehrjahre

Für die ganze Prüfung gilt: Es dürfen keine Viertelpunkte gegeben werden.

Zeitgeschehen: Politik

1a

2.0 P (je 0.5 P)

Kreuzen Sie an, ob die Aussagen richtig oder falsch sind.

	Richtig	Falsch
Der Bundesrat ist die Exekutive der Schweiz.	X	
Die Schweiz ist ein Bundesstaat.	X	
Die Schweiz ist eine repräsentative Demokratie.		X
Der Bund ist die höchste der drei politischen Ebenen der Schweiz.	X	

1b

1.5 P (je 0.5 P)

Verbinden Sie jede Aussage mit einem passenden Begriff.

Aussage		Begriffe
Die Aufteilung der Staatsgewalt zum Schutz vor Machtmissbrauch		Volksmehr
Die Regierungsform der Schweiz		Demokratie
Vier sind im Bundesrat vertreten		Parteien
		Gewaltenteilung
		Kantone
		Bundesstaat

1c

1.5 P (je 0.5 P)

Ordnen Sie drei der sechs Begriffe den passenden Aussagen zu.

Exekutive; Ständerat; Bundesräte; Bundesrichter; Legislative; Nationalrat

Aussage	Begriffe
Gehören zur Judikative	Bundesrichter
Die gesetzgebende Gewalt	Legislative
Die Vertretung der Kantone im schweizerischen Parlament	Ständerat

2. Lesen Sie den Text.

Der Bundesrat besteht aus sieben Mitgliedern. Jedes Mitglied steht einem Departement vor. Sie treffen sich in der Regel mittwochs zur Bundesratssitzung. Diese wird vom Bundeskanzler vorbereitet und vom Bundespräsidenten geleitet. Der Bundesrat setzt sich nicht mehr nur aus Männern zusammen, wie dies bis zur Jahrtausendwende fast durchwegs der Fall war. Im aktuellen Bundesrat sitzen drei Bundesrätinnen. Der Bundesrat wird von der Bundesversammlung für eine Amtsdauer von vier Jahren gewählt. Die Bundesversammlung besteht aus dem Nationalrat mit 200 Sitzen und dem Ständerat mit 46 Sitzen. Beide Räte tagen viermal pro Jahr in dreiwöchigen Sessionen. In der übrigen Zeit des Jahres arbeiten die Politiker und Politikerinnen auf ihrem Beruf. So soll sichergestellt werden, dass sie den Kontakt zur Bevölkerung nicht verlieren.

Ersetzen Sie in den nachfolgenden Sätzen nur das unterstrichene Wort durch ein gleichbedeutendes Wort aus dem Text. 2.0 P (je 1.0 P)

2a Jedes Mitglied des Bundesrates ist für einen Aufgabenbereich verantwortlich.

Jedes Mitglied des Bundesrates ist für ein **Departement** verantwortlich.

2b Das Schweizer Parlament besteht aus zwei Kammern.

Die **Bundesversammlung** besteht aus zwei Kammern.

Korrigieren Sie die falschen Aussagen mithilfe des Textes und schreiben Sie diese neu. 2.0 P (je 1.0 P)

2c Im aktuellen Bundesrat hat es mehr Frauen als Männer.

Im aktuellen Bundesrat sind die Männer in der Mehrheit/ hat es mehr Männer als Frauen.

2d Die Bundesratssitzungen werden vom Bundeskanzler geleitet.

Die Bundesratssitzungen werden vom Bundeskanzler vorbereitet.
ODER Die Bundesratssitzungen werden vom Bundespräsidenten geleitet.

3. Im November 2013 wurde in der Schweiz über die **1:12 Initiative** abgestimmt. Diese verlangte, dass der höchste Lohn in einer Firma nicht mehr als zwölfmal so hoch sein darf wie der tiefste Lohn. Lesen Sie den Originaltext der Volksinitiative. (Quelle: Eidgenössische Bundeskanzlei)

Die Volksinitiative lautet:

Die Bundesverfassung wird wie folgt geändert:

Art. 110a (neu) Lohnpolitik

¹Der höchste von einem Unternehmen bezahlte Lohn darf nicht höher sein als das Zwölfwache des tiefsten vom gleichen Unternehmen bezahlten Lohnes. Als Lohn gilt die Summe aller Zuwendungen (Geld und Wert der Sach- und Dienstleistungen), welche im Zusammenhang mit einer Erwerbstätigkeit entrichtet werden.

²Der Bund erlässt die notwendigen Vorschriften. Er regelt insbesondere:

- a. die Ausnahmen, namentlich betreffend den Lohn für Personen in Ausbildung, Praktikantinnen und Praktikanten sowie Menschen mit geschützten Arbeitsplätzen;
- b. die Anwendung auf Leiharbeits- und Teilzeitarbeitsverhältnisse.

Kreuzen Sie an, ob die Aussage richtig oder falsch ist und korrigieren Sie die falschen Aussagen.

0.5 P pro richtiges Kreuz, 1 P pro richtigen Satz

3a Die Initiative will die Bundesverfassung ändern.

Richtig

Falsch

3b Lohn wird als Gegenleistung für eine Erwerbstätigkeit entrichtet.

Richtig

Falsch

3c Berufslernende fallen ebenfalls unter die 1:12-Regel.

Richtig

Falsch

Personen in Ausbildung sind von der 1:12-Regel ausgenommen.

3d Die Kantone regeln die Anwendung auf Teilzeitarbeitsverhältnisse.

Richtig

Falsch

Der Bund regelt die Anwendung auf Teilzeitarbeitsverhältnisse.

4. Die 1:12 Initiative – für gerechte Löhne wurde von den Jungsozialisten (JUSO) eingereicht. Die JUSO ist die Jungpartei der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (SP). Lesen Sie den Text.

[...] 1984 verdiente der Chef eines grösseren Schweizer Unternehmens im Durchschnitt noch rund sechs Mal so viel wie eine Normalverdienerin. Heute bekommen die CEOs* das 43-Fache eines normalen Lohns. Und während sich die Manager immer schamloser bedienen, stagnieren** die Löhne der grossen Mehrheit. Für Familien wird es immer schwieriger, Krankenkassenprämien und Mieten zu bezahlen. Mit der 1:12-Initiative können wir diese Entwicklung stoppen. Die Forderung der Initiative ist so einfach wie wirksam: Kein Manager darf in einem Monat mehr verdienen als seine MitarbeiterInnen während des ganzen Jahres. Will sich der CEO selbst einen höheren Lohn auszahlen, so muss er auch die tieferen Löhne im Unternehmen anheben. Die 1:12-Initiative fordert eine Lohnbandbreite, wie sie noch vor wenigen Jahren auch bei den grossen Schweizer Unternehmen üblich war. [...] Stimmen Sie deshalb JA zur 1:12-Initiative und helfen Sie mit, die Abzocker zu stoppen! *(Quelle: Erläuterungen des Bundesrates, Volksabstimmungen 24.11.2013)*

*CEO = Chief Executive Officer, Geschäftsführer/ Geschäftsführerin

**stagnieren = sich nicht verändern, sich nicht weiterentwickeln.

Notieren Sie in korrekten Sätzen **zwei Argumente**, mit denen die Initianten ihr Anliegen begründeten.

4 P, je 2 P. Pro Argument max. 1 P Abzug für fehlerhafte Grammatik und Rechtschreibung

Mögliche Lösungen:

1.	<ul style="list-style-type: none"> • Manager bedienen sich schamlos/ Manager sind Abzocker. • Früher verdiente ein Chef nur sechsmal so viel wie der tiefste Lohn. • Will ein Manager mehr verdienen, muss er auch den tiefsten Lohn anheben.
2.	<ul style="list-style-type: none"> • Familien haben Mühe Krankenkassenprämien und Mieten zu bezahlen. • Früher war die Bandbreite zwischen den Löhnen nicht so extrem. • Die Löhne der Mehrheit der Angestellten steigen nicht.

5. Schauen Sie sich auf dem **Beiblatt, S. 1 (BILD 1)**, das Plakat der Gegner der *1:12 Initiative – für gerechte Löhne* mit dem Spruch «**Lohndiktat vom Staat?**» an. Alle bürgerlichen Parteien (FDP, CVP, BDP, SVP) und die Grünliberalen waren gegen die Initiative.

Lösungsvorschläge:

5a

Umschreiben Sie den Spruch «Lohndiktat vom Staat?» in einem korrekten Satz in eigenen Worten.

1 P, davon max. 0.5 P Abzug für fehlerhafte Grammatik und Rechtschreibung

Soll der Staat uns befehlen können, wie viel wir verdienen dürfen? / Es wäre wie in einer Diktatur mit strengen Lohnvorschriften. / In einer Lohndiktatur ist es unmöglich, sehr viel Geld zu verdienen.

5b

Erklären Sie das Argument, das die Abstimmungsgegner mit diesem Plakat dem Stimmvolk vor Augen führen wollten, in einem korrekten Satz.

1 P, davon max. 0.5 P Abzug für fehlerhafte Grammatik und Rechtschreibung

Die Gegner wollen nicht, dass der Staat der Bevölkerung vorschreibt, wie viel man (maximal) verdienen darf. / Der Staat soll den Unternehmen keine Vorgaben machen, was den Lohn angeht.

6. In der Tabelle unten sehen Sie das Abstimmungsergebnis und die Stimmbeteiligung bei der *1:12 – Initiative für gerechte Löhne* vom 24.11.2013. Daneben sehen Sie das Resultat und die Stimmbeteiligung der *Volksinitiative pro Tempo 130/100* vom 26.11.1989. Diese wollte die Höchstgeschwindigkeit auf Ausserortsstrassen auf 100 km/h und auf Autobahnen auf 130 km/h erhöhen.

	1:12 Initiative – für gerechte Löhne (24.11.2013)	Volksinitiative pro Tempo 130/100 (26.11.1989)
Total Stimmberechtigte	5'203'973	4'320'988
Stimmbeteiligung	53.63%	69.15%
Gültige Stimmzettel	2'751'717	2'962'979
Ja-Stimmen	954'787 34.7%	1'126'458 38.0%
Nein-Stimmen	1'796'930 65.3%	1'836'521 62.0%
Annehmende Stände	0	6

Quelle: Eidgenössische Bundeskanzlei, Volksabstimmungen.

6a

3 P, je 0.5 P

Vergleichen Sie die Volksabstimmungen und vervollständigen Sie die Sätze.

2013 gab es rund 1 Million (oder genauer) mehr Stimmberechtigte als im Jahr 1989. Die Stimmbeteiligung war bei der Volksinitiative 1:12 15% / 16% tiefer als bei der Volksabstimmung über pro Tempo 130/100. Der Ja-Stimmen-Anteil betrug bei der Volksinitiative pro Tempo fast zwei Fünftel. Beide Initiativen erhielten fast gleich viele Nein-Stimmen. Beide Volksinitiativen wurden klar abgelehnt/ verworfen.

6b

1 P

Nennen Sie ein gleichbedeutendes Wort für **Stände**.

Kantone

6c

1 P, je 0.5 P

Für das Resultat einer Abstimmung zählen nur die gültigen Stimmen. Welche Stimmzettel werden für das Ergebnis nicht berücksichtigt? **Zwei Antworten verlangt.**

Die leeren Stimmzettel und die ungültigen Stimmzettel

7a

2 P, je 0.5 P

Füllen Sie die Felder mit den korrekten Angaben.

	Mindestunterschriftenzahl	Zeit zum Sammeln von Unterschriften
Initiative	100 000	18 Monate
Fakultatives Referendum	50 000	100 Tage

7b

4 P, je 0.5 P. Pro falsches Kreuz 0.5 P Abzug

Kreuzen Sie an, ob die Aussagen auf eine Initiative, ein obligatorisches oder ein fakultatives Referendum zutreffen. Pro Zeile sind mehrere Kreuze möglich.

Aussage	Initiative	Obligatorisches Referendum	Fakultatives Referendum
Zur Annahme genügt das Volksmehr.			x
Zur Annahme braucht es das doppelte Mehr.	x	x	
Eine Änderung der Bundesverfassung anstossen.	x		
Die Bundeskanzlei prüft die Gültigkeit der Unterschriften.	x		x
Im Falle des Beitritts der Schweiz zur EU		x	
Das Referendum gegen das Covid-19-Gesetz			x

Steuern

1a 1 P, je 0.5 P

Kreuzen Sie die beiden Dokumente an, die Sie zum Ausfüllen Ihrer Steuererklärung benötigen. *Korrekturhinweis: Pro falsches Kreuz 0.5 P Abzug. Keine Minuspunkte.*

- Pass/ ID /Aufenthaltsbewilligung
- Quittungen für Berufsauslagen wie ÖV -Abonnement
- Arbeitsvertrag
- Kontoauszüge

1b 2 P, je 1 P

Ergänzen Sie die Auflistung mit **zwei** weiteren notwendigen Unterlagen.

Lösungsbeispiele: Lohnausweis; Steuerbescheinigung Krankenkasse/ Versicherungsbeiträge; Beleg Einzahlung Säule 3a; Quittung für Spenden etc.

2a 1 P, je 0.5 P

Umkreisen Sie die beiden direkten Steuern.

Motorfahrzeugsteuer **Einkommenssteuer** Tabaksteuer Mehrwertsteuer **Erbschaftssteuer**

2b 1 P

Nennen Sie ein weiteres Beispiel für eine direkte Steuer in der Schweiz.

Vermögenssteuer; Verrechnungssteuer

3. Die Einkommenssteuer ist eine progressive Steuer. Erklären Sie, was eine progressive Besteuerung für die Steuerzahlenden bedeutet, indem Sie den korrekten Begriff in die Lücke schreiben. 1 P

Je höher das Einkommen, desto höher **der Steuersatz (ODER die prozentuale Steuerbelastung)**.

4a 0.5 P

Nennen Sie die Höhe des Verrechnungssteuersatzes in der Schweiz.

35 %

4b

1 P

Die Verrechnungssteuer wird auf Kapitalerträge und Lottogewinne erhoben.
Nennen Sie ein Beispiel für einen Kapitalertrag.

Zinsen; Dividenden

5a

0.5 P

In der Tabelle sehen Sie die normalen Mehrwertsteuersätze in Nachbarländern der Schweiz. Tragen Sie den normalen Mehrwertsteuersatz für die Schweiz ein.

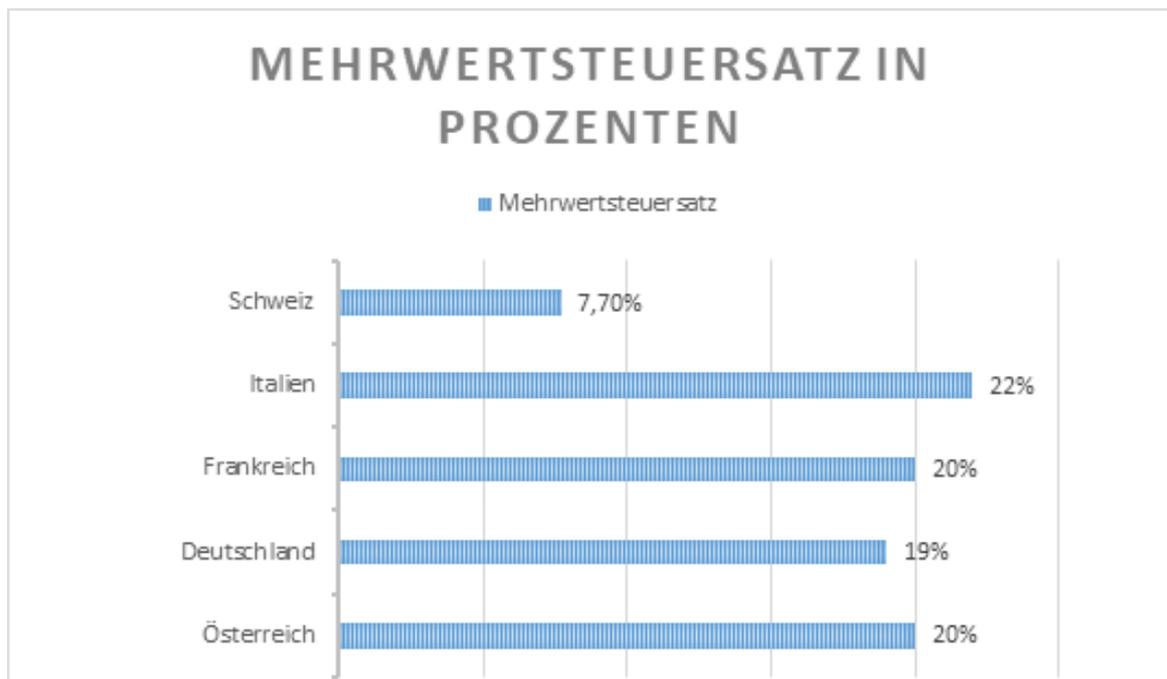
Land	MwSt.
Deutschland	19 %
Frankreich und Österreich	20 %
Italien	22 %
Schweiz	7.7 %

5b

Beschriften Sie jeden Balken korrekt mit Land und Mehrwertsteuersatz. Zeichnen Sie den Balken für die Schweiz ein.

2 P für komplett beschriftetes Diagramm.
Davon 1 P für den korrekt eingezeichneten und beschrifteten Balken für die Schweiz.

Korrekturhinweis: Folgefehler aus 5a (falscher Mehrwertsteuersatz für die Schweiz) darf nicht gezählt werden.



6a Die Besteuerung von Erbschaften liegt in der Steuerhoheit der Kantone. Erklären Sie den Begriff **Steuerhoheit**. 1 P

Das Recht, Steuern zu erheben/ einzusammeln (und darüber zu verfügen).

6b Lesen Sie die Erläuterung der Erbschaftssteuer auf der Homepage der Schweizer Behörden.

Die Erbschaftssteuer ist von den Personen zu entrichten, die den Nachlass übernehmen. Die Berechnungsgrundlage ist der Wert des übertragenen Vermögens. Zuwendungen von persönlichen und Hausrat-Gegenständen werden in den meisten Kantonen nicht besteuert. In der Regel sind Ehegatten und Personen in eingetragener Partnerschaft untereinander sowie Nachkommen, Stief- oder Pflegekinder steuerbefreit. Wird eine Steuer erhoben, ist die Höhe meist abhängig von der Höhe des Vermögensanfalles sowie vom Verwandtschaftsgrad des Erben zur verstorbenen Person. Je näher verwandt desto geringer der Steueransatz. (Quelle: ch.ch)

Von welchen zwei Kriterien hängt die Höhe der Steuer bei einer Erbschaft laut Text meist ab? 1 P, je 0.5 P

Höhe/ Wert des Vermögens (der Erbschaft) und Verwandtschaftsgrad

6c

Die Tatsache, dass Erbschaften für Ehegatten steuerbefreit sind, führt dazu, dass unverheiratete Partner und Partnerinnen steuerrechtlich benachteiligt werden. Will eine Erblasserin ihr Vermögen ihrem Lebenspartner vererben, muss dieser Erbschaftssteuern zahlen. Dabei wird die Dauer der Beziehung berücksichtigt und der Umstand, ob ein unverheiratetes Paar zusammen oder getrennt wohnt. Ein **Berechnungsbeispiel** für den Kanton Zürich für eine Erbschaft von 100'000 Franken sieht wie folgt aus:

Erbschaft	Erbbegünstigte/r	Erbschaftssteuer
100'000 Franken	Ehegatte/ Ehegattin	steuerfrei
100'000 Franken	Lebenspartner/ Lebenspartnerin, mehr als fünf Jahre zusammen im gleichen Haushalt.	7'200 Franken
100'000 Franken	Lebenspartner/ Lebenspartnerin, weniger als fünf Jahre zusammen, getrennter Haushalt.	16'800 Franken

«Mit der Erbschaftssteuer werden unverheiratete Paare gegenüber Ehepaaren diskriminiert. Diese Situation ist unfair und ungerecht für Paare, die nicht heiraten möchten!»

Kommentieren Sie diese Aussage in mindestens drei korrekten Sätzen. Nehmen Sie dabei Bezug auf das Berechnungsbeispiel in der Tabelle. 4.0 P

Bewertungsschema Kommentar

Persönliche Meinung klar und verständlich	1.0 P
Begründung(en) logisch nachvollziehbar	1.0 P
Bezug auf das Berechnungsbeispiel vorhanden	1.0 P
Länge	1.0 P
Abzug für fehlerhafte Rechtschreibung und Grammatik	Maximal 1.0 P

Mögliche Überlegungen:

- Die Erbschaftssteuer ist eine Strafe für Unverheiratete und Lebenspartnerschaften. Sie sind im Gegensatz zu Ehepartnern nicht steuerbefreit. Die Rechtslage nimmt keine Rücksicht auf moderne Lebensformen/ die "soziale" Familie.
- Die Erbschaftssteuer ist veraltet. Sie zwingt einen zu heiraten. Ansonsten zahlt man im Kanton Zürich auf eine Erbschaft von 100'000 Franken bis zu 16'800 Franken Steuern.
- Das traditionelle Partnerschaftsmodell wird geschützt. Die Erbschaftssteuer verhindert, dass leichtfertig vererbt wird. Sie ist eine grosse Einnahmequelle für den Staat, wie man dem Berechnungsbeispiel für den Kanton Zürich entnehmen kann.

Wohnen

1a

2. P (je 0.5 P)

Verbinden Sie die Begriffe mit den passenden Aussagen.

Begriffe	Aussagen
Untermiete	Ein Bericht über Schäden und Defekte.
Nebenkosten	Geldbetrag, der als Sicherheit dient.
Mängelliste	Ausgaben, die durch den Betrieb entstehen.
Kaution	Vertragsbeziehung zwischen einem Mieter/ einer Mieterin und einem Mitbewohner/ einer Mitbewohnerin.

1b

2 P (je 0.5 P)

Kreuzen Sie an, ob die Aussagen aus dem Mund eines Mieters/ einer Mieterin oder eines Vermieters/ einer Vermieterin kommen.

	Mieter/ Mieterin	Vermieter/ Vermieterin
«Ich möchte Einsicht in das Abnahmeprotokoll nehmen.»	x	
«Sie müssen die Sache sorgfältig gebrauchen.»		x
«Diese Reparatur müssen Sie dulden (akzeptieren).»		x
«Sie sind für kleine Mängel verantwortlich!»		x

2. Lesen Sie den untenstehenden Text aus der Zeitung BLICK.

«Wir kämpfen – notfalls bis vor Gericht»

In Belp bei Bern ist der Ärger unter Mietern einer Primavera-Siedlung gross. Streitpunkt sind überrissene oder zu hohe Nebenkostenabrechnungen. Die Mieter fordern insgesamt über 97'000 Franken zurück. Doch die Verwaltung stellt sich quer.

Elisabeth Messerli (63) ist richtig wütend. Der Grund ist die Nebenkostenabrechnung ihrer Verwaltung Primavera. Der Ärger begann Ende Mai 2019. «Wir hatten die Abrechnung für 2016/17 bekommen», erzählt Rentnerin Messerli aus Belp dem BLICK. «Sofort habe ich gestutzt. Der Betrag war viel höher als sonst.»

Besonders augenfällig: Die Wasserkosten haben sich mehr als verdoppelt. Schnell stellt die Mieterin fest, dass die Nebenkostenabrechnung zwar wie üblich für ein Jahr gemacht wurde, aber das Wasser von 18 Monaten drin ist. «Da haben sie uns doch sechs Monate reingeschmuggelt!», empört sich Messerli.

Für ihre 4-Zimmer-Wohnung sollen sie und ihr Partner Max Hurni (64) insgesamt 1280 Franken nachzahlen. Zuvor waren es jeweils zwischen 200 und 300 Franken. Als sich Messerli und Hurni bei Nachbarn umhören, zeigt sich, dass alle Mieter des Hauses deutlich mehr zahlen müssen.

Die Siedlung besteht aus drei Häusern mit insgesamt 72 Wohnungen. Im mittleren Block sind die geforderten Nachzahlungen etwas tiefer als bei Messerli und ihren Haus-Mitbewohnern. Im hintersten erhalten Mieter für die gleiche Periode Rückzahlungen. Das Total der Rückforderungen aus den drei Häusern: 97'708.95 Franken für die Jahre 2008 bis 2018. 37 der verärgerten Mieter organisieren sich und beschliessen, sich gegen die Primavera zu wehren. Sie verlangten Einsicht in die Belege.

Verschiedene Ausreden

«Als wir uns die Abrechnung genauer angeschaut haben, entdeckten wir noch viele weitere Unstimmigkeiten. Unser Ärger wurde immer grösser», so Messerli. Ein Beispiel sei der Hauswart. Die Mieter des ersten Hauses zahlten die letzten neun Jahre die Miete für die Einstellhallenplätze, wo seine Maschinen lagern. Der externe Hauswart aber benutze die Geräte auch noch für andere Liegenschaften. Die Mieter wollen das nicht finanzieren, denn er könne die Kosten ja bei seiner Buchhaltung abziehen, fordern sie.

Bei einer zweiten Akteneinsicht entdecken die Mieter Unterschiede bei den Treppenhauskosten. Der hinterste Block zahlt weniger. Als sie sich nach dem Warum erkundigten, hiess es: ««Dort gibt's mehr Leerwohnungen.» Als ob der Hauswart dann weniger putzt.» Für Messerli nur ein Beispiel unter vielen für das unseriöse Verhalten von Primavera.

Manchmal habe es geheissen, sie hätten etwas vergessen. Manchmal, dass sie im Vorjahr zu wenig gebucht hätten. Manchmal hätten die Quittungen gefehlt. «So kann man doch nicht arbeiten», ärgert sich Messerli. «Und wir sollen dafür geradestehen und einfach zahlen.»

2a

5 P, je 1 P

Kreuzen Sie an, ob die Aussagen richtig oder falsch sind.

	Richtig	Falsch
Frau Messerli hat höhere Nebenkosten, weil der Wasserpreis gestiegen ist.		X
Die Nebenkostenabrechnung wurde für den Zeitraum von einem Jahr erstellt.	X	
Alle Mieter aus der Siedlung von Frau Messerli haben für das Jahr 2016/ 2017 höhere Nebenkosten.		X
Die Mieter ärgern sich, weil sie dem Abwart zu Unrecht den Lagerplatz für seine Maschinen bezahlen müssen.	X	
Frau Messerli ist der Ansicht, dass die Verwaltung beim Abrechnen der Nebenkosten Fehler gemacht habe und die Mieter diese jetzt ausbaden müssten. Das findet sie nicht richtig.	X	

2b

7 P

Angenommen Sie sind eine Mieterin aus der Primavera-Siedlung (Priska Huber). Sie haben die Abrechnung der Nebenkosten für Ihre Wohnung erhalten. Darauf sind die einzelnen Kostenpunkte aufgeführt. Dies ist Ihnen zu wenig detailliert. Sie verlangen Einsicht in die Belege (Quittungen etc.) für die einzelnen Beträge. Schreiben Sie Ihrer Verwaltung Primavera ab dem Betreff einen Geschäftsbrief, in welchem Sie...

1. ...mitteilen, dass Sie mit der Nebenkostenabrechnung nicht einverstanden sind.
2. ...erklären, warum Sie nicht einverstanden sind.
3. ...einen Termin zur Akteneinsicht fordern.

Bewertungsschema Geschäftsbrief

Punkte 1, 2 und 3 sind dargelegt.

3 P

Anforderungen an einen Geschäftsbrief (Anrede, Text, Gruss, Unterschrift) sind erfüllt.

2 P

Angemessene Länge und höfliche Sprache

2 P

Abzug für fehlerhafte Rechtschreibung und Grammatik

Maximal 3 P

3.

Lösen Sie die Fälle mit den Auszügen aus dem **OBLIGATIONENRECHT** auf dem **Beiblatt, S. 2+3**.

4 P, je 2 P

a Am 05.06.2020 trifft Florian seinen Freund Jörg am Bahnhof. Florian erzählt Jörg, dass er die Miete für den vergangenen Monat noch nicht an seinen Vermieter überwiesen habe. Jörg sagt Florian, dass er dann wohl auf Ende dieses Monats obdachlos sein werde. Hat Jörg Recht? Siehe **Artikel 257d OR**

Jörg hat nicht Recht. Der Vermieter muss schriftlich eine Zahlungsfrist von 30 Tagen setzen (, bevor er Jörg mit einer Frist von mindestens 30 Tagen auf Ende eines Monats kündigen darf.)

b Eric hat am 03.03.2020 in seinem unbefristeten Mietvertrag gelesen, dass er das Mietverhältnis für seine Wohnung auf einen ortsüblichen Termin (31. März und 30. September) kündigen könne. Da er nächstes Jahr sowieso nach Brasilien auswandern wird, hat er noch am gleichen Tag seine Wohnung auf den 30. September 2020 gekündigt. Als er dies Anna erzählt, sagt diese, dass diese Kündigung wohl ungültig sei, weil er sich zuvor telefonisch bei seinem Vermieter hätte melden müssen, um ihn zu fragen, ob ihm dieser Termin passe. Hat Eric korrekt gehandelt? Siehe **Artikel 266c OR**

Eric hat richtig gehandelt. Er kann mit einer Frist von drei Monaten (auf einen ortsüblichen) Termin kündigen.

4.
Lösen Sie den Fall mit den Auszügen aus dem **OBLIGATIONENRECHT** auf dem **Beiblatt, S. 2+3**, und **geben Sie den relevanten Gesetzesartikel an.**

2 P, davon 1 P für den Gesetzesartikel

Valentins Frau ist zum zweiten Mal schwanger. Seit einiger Zeit besucht er berufsbegleitend die Berufsmaturitätsschule und hat dafür sein Arbeitspensum reduziert. Jetzt hat Valentin für die gemeinsame Wohnung die Kündigung bekommen. Der Vermieter benötigt die Wohnung für seinen Sohn. Doch ein Wohnungswechsel ist für Valentin und seine Frau in ihrer Situation nahezu unmöglich. Welches Vorgehen bleibt ihnen gemäss Mietrecht?

Gesetzesartikel: Artikel 272 (Abs. 1) OR

Valentin und seine Frau können eine Mieterstreckung verlangen.

5.
Nummerieren Sie die einzelnen Schritte einer Wohnungsabgabe, sodass diese den Ablauf einer Wohnungsübergabe an den Vermieter korrekt beschreiben. 1 = erster Schritt, 6 = letzter Schritt

2 P, für jeden korrekt nummerierten Schritt 0.5 P

6	Rückzahlung Mietkaution
2	Endreinigung
1	Abgabetermin festlegen
5	Eventuelle Behebung von Mängeln durch den Vermieter auf Kosten des Mieters
3	Wohnungsrundgang mit Mängelprotokollierung
4	Unterschreiben Abnahmeprotokoll

6.

Schauen Sie sich auf dem **Beiblatt, S. 4**, die **GRAFIK A** an und beantworten Sie die Fragen a und b.

a Nennen Sie die zwei Kantone, in denen man am häufigsten Wohnungen findet, die nicht in einem Mehr- oder Einfamilienhaus untergebracht sind. 1 P, je 0.5 P

Basel-Stadt und Genf

b Geben Sie die Gebäudekategorie an, in der sich in der Schweiz am häufigsten Wohnungen finden, und nennen Sie den ungefähren prozentualen Anteil dieser Wohnungen. 2 P, je 1 P pro Antwortteil

In der Schweiz finden sich am häufigsten Wohnungen in grossen Mehrfamilienhäusern. 30-35%

7.

Schauen Sie sich auf dem **Beiblatt, S. 4**, die **GRAFIK B** an und beantworten Sie die Fragen a und b.

a Vergleichen und beschreiben Sie die Entwicklung der Leerstände bei den 2- und 4-Zimmer Wohnungen über die ganze Zeitachse hinweg. 1 P

Die Entwicklung verlief mehr oder weniger gleich/ parallel, mit Ausnahme der Jahre zwischen 2004 und 2010. Weitere logisch nachvollziehbare Antworten möglich.

b Interpretieren Sie den nachfolgenden Unterschied: 5- und 6-Zimmer-Wohnungen sind viel weniger stark Schwankungen unterworfen als kleinere Mietobjekte, deren Leerstandsquote stärker schwankt. 1 P

Interpretationsvorschläge:

**Es gibt im Verhältnis viel weniger 5- und 6-Zimmer-Wohnungen auf dem Markt.
In eine Wohnung mit 5 oder mehr Zimmern zieht man längerfristig.**

Beziehungen leben

1a

Verbinden Sie die Begriffe mit den passenden Aussagen. Einen Begriff müssen Sie noch ergänzen.

4 P, 1 P für den Begriff, 0.5 P für jede richtige Verbindung

Begriffe		Aussagen
<u>Konkubinat</u>		Gehört jedem Ehepartner einzeln.
Elterliche Sorge		Wird von Verheirateten gemeinsam ausgeübt.
Eigengut		Gehört Ehepartnern gemeinsam.
Errungenschaft		Wird vor der religiösen Eheschliessung durchgeführt.
Zivile Trauung		Ehe ohne Trauschein.
Unterhaltspflicht		Gilt bis zum 18. Lebensjahr des Kindes oder bis zum Abschluss einer Erstausbildung.

1b

Kreuzen Sie an, ob die Aussagen richtig oder falsch sind.

4 P, je 0.5 P

	Richtig	Falsch
Bei der güterrechtlichen Auseinandersetzung wird der gemeinsame Güterstand aufgelöst.	x	
Eine Ehevoraussetzung ist, dass mindestens ein Ehepartner 18 Jahre alt ist.		x
Das Güterrecht bestimmt, wem die Kinder von Eheleuten gehören.		x
Die eingetragene Partnerschaft ist nur für gleichgeschlechtliche Paare.	x	
Wer sich verlobt, muss anschliessend auch heiraten.		x
Ein Ehehindernis ist zum Beispiel, wenn ein Grossvater seine Enkelin heiraten will.	x	
Eine zivile Trauung ist auch ohne Zeugen oder Zeuginnen möglich.		x
Eine Ehe muss aus freiem Willen eingegangen werden. Ansonsten ist sie ungültig.	x	

2.

Korrigieren Sie die Fehler in den nachfolgenden Aussagen, indem Sie korrekte Sätze verfassen. Der Anfang des Satzes ist jeweils vorgegeben.

3 P, je 1 P pro korrekte Antwort

a

Im Güterrecht gibt es drei Güterstände: Gütervereinigung, Güterlosigkeit und Gütererhalt.

Im Güterrecht gibt es drei Güterstände: **Gütergemeinschaft, Gütertrennung und Errungenschaftsbeteiligung (ODER ordentlicher Güterstand).**

b

Zur Errungenschaft zweier Eheleute gehört alles, was die Eheleute während der Ehe geschenkt bekommen.

Zur Errungenschaft zweier Eheleute gehört alles, **was die Eheleute während der Ehe verdient (erwirtschaftet) haben.**

c

Wenn die Eheleute bei der Heirat nichts Besonderes vereinbart haben, dann gilt automatisch die Gütervereinigung.

Wenn die Eheleute bei der Heirat nichts Besonderes vereinbart haben, **dann gilt automatisch die Errungenschaftsbeteiligung (der ordentliche Güterstand).**

3.

Doris Schmid ist gestorben und hinterlässt ein Erbe von hunderttausend Schweizer Franken. Sie ist verheiratet und hat eine Tochter. Von dieser Tochter hat sie ein Enkelkind. Ihren Ehemann setzt sie auf den Pflichtteil. Die frei verfügbare Quote vermachte sie ihrem Geliebten.

Berechnen Sie die erbrechtlichen Anteile für die nachfolgenden Personen und **zeigen Sie den Lösungsweg** auf. Verwenden Sie die **Artikel 462 ZGB und Artikel 471 ZGB auf dem Beiblatt, S. 3 (ZIVILGESETZBUCH).**

4 P, pro korrekte Lösung mit nachvollziehbarem Lösungsweg je 1 P

Die erbrechtliche Aufteilung: **Lösungsweg ersichtlich**

Der Ehemann erbt: **25000 Franken**

Die Tochter erhält: **50000 Franken**

Das Enkelkind erbt: **0 Franken**

Der Geliebte erhält: **25000 Franken**